

Schluss mit der Diskussion um einen Provisionsdeckel und dafür einen Beamtenstatus für alle Makler – Gastbeitrag eines Maklers, der Klartext redet

Stopp

© Pixabay

Während die Politiker eine Bruchlandung nach der anderen präsentieren, wird weiter eifrig an Gesetzen für die Versicherungs- und Finanzvermittler gefeilscht. Statt über einen Provisionsdeckel für LV-Verträge nachzudenken, sollte man lieber den Beamtenstatus für Makler in Betracht ziehen.

Die Politik musste in den letzten Tagen ein Scheitern ihrer Behörden-Digitalisierung einräumen. Milliarden wurden erneut verpulvert. Aus 1 Milliarde geplanten Kosten sind einfach mal 3,5 Milliarden geworden. Für Politiker kein Problem, da sie kein Risiko, keine Haftung und insbesondere keinen Verlust haben. Die Zeche zahlt mal wieder der Bürger.

Der Makler, der sich der zunehmenden Digitalisierung auch nicht verschließen kann, muss selbst sehen, wie er ohne teure Beratungsfirmen und einem meist begrenzten Budget mithalten kann. 40.000 Makler mit 3,5 Milliarden für die Digitalisierung des Maklerbüros zu unterstützen, wäre vermutlich erfolgsversprechender gewesen. Das wären je Makler tatsächlich 87.500,- €.

Aber an Bruchlandungen in der Politik hat man sich (leider) schon langsam gewöhnt. Der Flughafen Berlin-Brandenburg ist mittlerweile eine Lachnummer für die ganze Welt geworden. Neue Meldungen in diesem Zusammenhang nimmt man kaum noch wahr. Verantwortung, Haftung und Konsequenzen für Politiker? Leider nur Fremdwörter. Funknetze in Deutschland sind nur noch peinlich. Mit der DSGVO gewinnen das Fax und die klassische Briefpost wieder zunehmend an Bedeutung. Da kann die Nutzung des Handys ja wieder auf den Stand der 90iger Jahre zurückfallen.

Aber zurück zum Maklerberuf. Digitalisierung, Regulierungen, Fortbildungsvorschriften, DSGVO, Beratungsprotokolle, Haftung, Geldwäschegegesetz usw., usw. Frei nach dem Motto: „Je mehr wir die Makler mit Bürokratie beschäftigen, umso weniger Zeit haben sie, sich mit politischen Dingen auseinanderzusetzen.“ Und dann noch die ewigen Diskussionen um einen Provisionsdeckel. Warum erhalten Makler nicht den Status eines Beamten mit den entsprechenden Vor- und Bezugsgen?

1997 mussten die Makler (und viele andere Vermittler) den Bürgern beibringen, dass der Staat Zahnleistungen in der GKV erheblich begrenzt hat. Schlag auf Schlag mussten sie dem Volk weitere Leistungseinschränkungen des Staates „verkaufen“. Kürzung Krankentagegeld und Wegfall der Brillenerstattung sind noch weitere untergeordnete Themen, die allein die GKV betroffen haben. Kein Anspruch mehr auf Berufsunfähigkeitsleistungen ist eine Mammut-Beratungsaufgabe, die die Makler und Vermittler seit Jahren stemmen müssen. Eine Folge aus politischen Entscheidungen. Die zunehmende Altersarmut ist keine Erfindung der Makler. Seit Jahren wird gepredigt, dass die Bürger private Vorsorge treffen müssen, damit sie nicht später auch zu den „Pfandflaschensammlern“ zählen. Diese Situation haben nicht die Makler geschaffen, sondern Politiker, die die Rentensituation nicht in den Griff bekommen haben. Dann die unzähligen politischen Erfindungen und Basteleien zur Altersversorgung mit Rürup, Riester und dem neuen Betriebsrentenstärkungsgesetz (BRSG) – das zumindest sehr vielversprechend klingt – sind auch keine Erfindungen der Versicherungsbranche, und noch weniger der Makler. Dazu kommt noch das Problem Pflege, das die Makler auch in aufwendigen Beratungsgesprächen den Bürgern erläutern müssen. Kosten, die kaum noch zu tragen sind, soll der Bürger absichern. Eine Aufgabe, die die wenigsten Bürger überhaupt finanziell lösen können. Auch hier eine

Mammutaufgabe für die Makler. Weitere Themen könnten sicher noch folgen. Die Wohnungspolitik, bei der man auch nur von einem Versagen ausgehen kann, bleibt hier außen vor, obwohl sicher auch ein Zusammenhang mit der zunehmenden Altersarmut besteht.

Wenn Makler dann indirekt im „Auftrag des Staates“ die Bürger über Leistungskürzungen des Staates beraten sollen, sie die Bürger durch Beratungen vor Altersarmut schützen sollen und der Bürger über das Versagen der Politik beim Thema Pflege informiert werden soll, dann sollen die Makler nicht wenigstens die Vergünstigungen nach einem Beamtenstatus erhalten? Vergleichbare Diäten, Absicherung bei Berufsunfähigkeit, Beihilfe zur Krankenversicherung und eine kräftige Pension, wären eigentlich die angemessenen Gegenleistungen, die einem Makler zustehen sollten.

Sicher kein ernst zu nehmender Vorschlag!

Aber im Gegenzug einfach nur vom Schreibtisch aus über Provisionssätze entscheiden zu wollen und Makler als gierige Provisionsempfänger darzustellen, ist ein unhaltbarer Zustand. Die Politiker scheinen den Vermittlern die Schuld an der Finanzkriese zu geben, dieses Gefühl wird zumindest vermittelt. Die Regierung (und auch die Versicherer) sollten sich mal Gedanken darüber machen, was passieren würde, wenn Makler die Beratung und Aufklärung der Bürger zum Thema Altersversorgung, Krankenversicherung, Pflege usw. einstellen würden. Scheinbar sieht die Regierung da keine Probleme.

Makler müssen ein wahnsinniges Fachwissen vorweisen, eine Ausbildung und Fortbildung nachweisen, haben eine großes Haftungsrisiko und einen zunehmenden Verwaltungsaufwand. Es muss Schluss damit sein, Makler wie Losbudenverkäufer oder Vertriebsmitarbeiter von Kaffeefahrten und Zeitungsabos zu betrachten. Statt sich mit ständig neuen Repressalien zu beschäftigen, sollten die Politiker endlich eine Richtung einschlagen, die den Maklern eine entsprechende Wertschöpfung zukommen lässt.

Politiker brauchen Monate um eine Koalition zu bilden, beschäftigen sich selbst seit Monaten mit einem ständigen Wechsel der Posten, werden mal kurz vom Justizminister zum Außenminister, von der Familienministerin zur Verteidigungsministerin und von der CDU-Chefin zur Verteidigungsministerin. Und alle haben Ahnung von den Themen, ohne entsprechende Ausbildung, ohne Prüfung, ohne jeden Fortbildungsnachweis und insbesondere ohne jede Haftung. In der Versicherungs- und Finanzdienstleistungsbranche undenkbar. Aber genau die Politik – die scheinbar auch den Vertrieb in der Versicherungsbranche bestens kennt - will ohne Grenzen in ein seit Jahren gut funktionierendes Provisionssystem eingreifen und die Makler zu den Leidtragenden machen. Es gibt eigentlich keine andere Branche, in der sich die Politik derart in das Verdienstsystem einmischt, wie sie es in der Versicherungs- und Finanzdienstleistungsbranche tun will.

Politiker, die selbst kein Problem damit haben, ihre Diäten anzupassen, die Steuergelder ohne jede Haftung und Konsequenz verschleudern, die sich selbst vermutlich nicht vorstellen können, welchen Aufwand sie durch ihre Gesetze und Entscheidungen dem Vermittler aufbürden und die selbst vermutlich wenig Einblick in den Vermittlerberuf haben, wollen über eine angemessene Vergütung entscheiden? In diesem Zusammenhang dann überhaupt den Begriff „Fehlanreize“ einzubringen, spottet jeder Beschreibung. Bürger zu beraten und ihnen aufzuzeigen, dass der Staat immer weiter Leistungen kürzt und nicht mehr für eine ausreichende Rente sorgen kann, hat nichts mit Fehlanreizen zu tun. Politiker müssten sich eigentlich schämen, ihre horrenden Diäten und Pensionen als angemessen zu empfinden und einen ganzen Berufszweig, der volkswirtschaftlich mit aufwendigen Beratungen viel Arbeit leistet, als überbezahlt einzustufen. Sind die Politiker

tatsächlich der Meinung, dass die Themen Altersarmut, Kürzungen in der Krankenversicherung, Pflege oder auch Vermögen der Bürger durch einen Provisionsdeckel gelöst werden können?

In der letzten Woche haben die Berliner Abgeordneten ihre Diäten um 60% erhöht. Die Entscheidung treffen sie selbst, keine wochenlangen Verhandlungen, die Themen Angemessenheit und Fehlanreize spielen keine Rolle.

Weniger Politiker, geringere Diäten, keine horrenden Pensionen und weniger Steuerverschwendungen würden zu Steuerersparnissen führen, die auch beim Bürger ankommen könnten.

Merkels und Kramp-Karrenbauers Flug-Irrsinn in die USA in getrennten Maschinen hat auch keine Konsequenzen. Laut Medienberichten kostete diese Luftnummer die Steuerzahler 360.000,- €. Früher hätten diese Verfehlungen Konsequenzen bis zum Rücktritt gehabt. Heute gehören diese Steuerverschwendungen scheinbar schon zum guten Ton eines Politikers. Von Armut betroffene Rentner müssen alleine für diese Verschwendungen rund 1,5 Millionen Pfandflaschen sammeln.

Allen voran dann noch Axel Kleinlein vom Bund der Versicherten, der sich lediglich mit dem Provisionsdeckel für Lebensversicherungen beschäftigt und dabei scheinbar vergisst, dass ein Makler nicht täglich nur Lebensversicherungen vermittelt. Die betriebswirtschaftliche Auswertung eines Maklerbüros wird dabei nicht im Geringsten berücksichtigt. Personal, Büromiete, EDV, Kfz-Kosten usw. Dazu eigene Krankenversicherung, Altersversorgung, BU, Steuern und nicht zu vergessen, unzählige Beratungsgespräche zu Sachversicherungen, die häufig nur minimale und unangemessene Vergütungen nach sich ziehen. Und wer finanziert unzählige Aufklärungs- und Beratungsgespräche, bei denen es nicht zum Vertragsabschluss kommt?

Dann nur nüchtern über einen Provisionsdeckel zu diskutieren, ist zu einfach und soll nur das Bild von einem gierigen Vermittler unterstreichen. So wird man das Ansehen eines Maklers nicht verbessern. Kleinlein vermittelt mit seiner Forderung das Gefühl, dass er damit die Welt retten könnte und er den Bürgern mehr Wohlstand verschafft.

Außerdem gibt es keine Beweise oder Garantien die belegen, dass ein Provisionsdeckel tatsächlich als höhere Versicherungsleistung beim Kunden ankommt. Es geht deshalb nur um die Reduzierung der Einnahmen mit unbekannten und nicht greifbaren Folgen auf der anderen Seite.

Fair wäre sicher, wenn Kleinlein auch sein Einkommen offenlegt und die Mitglieder im Bund der Versicherten zusammen mit rund 40.000 Maklern einschätzen können, ob sein Einkommen angemessen ist bzw. ob ein (Einkommens-) Deckel gefordert werden sollte und ob hier vielleicht Fehlanreize vorliegen, einen ganzen Berufszweig derart zu bekämpfen.

Unterstrichen wird die Forderung eines Provisionsdeckels dann auch noch von anderen Verbraucherschutzverbänden, die sich durch erhebliche Steuergelder unterstützen lassen und sogar von „Provisionsexzessen“ sprechen. Kassieren für ihr System unglaubliche Steuergelder und lassen sich die Beratung von einem Bürger noch zusätzlich bezahlen. Die Verbraucherzentrale Berlin z.B. berechnet für eine Versicherungsberatung je 30 Minuten 30,- €.

Wenn auch alle Makler mit Steuergeldern unterstützt werden, dann lässt sich sicher auch eine einvernehmliche Lösung für einen Provisionsdeckel finden. Jedes Beratungsgespräch eines Vermittlers müsste dann auch mit Geldern aus dem Steuertopf bezuschusst werden.

Die Diskussion um einen Provisionsdeckel muss endlich ein Ende finden, sonst wird es eine vergleichbare Geschichte werden wie die „Dobrindt-Scheuer-Maut-Nummer“, die die Steuerzahler auch wieder Millionen an Steuergeldern gekostet haben.

„Mit einem klaren ‚Nein‘ beantwortete der Staatsrechtswissenschaftler und ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier, in seinem vorgelegten Rechtsgutachten die Frage der verfassungsrechtlichen Legitimation für diesen Schritt. In einem weiteren Rechtsgutachten erfolgte durch Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Hans-Peter Schwintowski eine europarechtliche Betrachtung der grundsätzlichen Unzulässigkeit einer gesetzlichen Einkommensbegrenzung“, hieß es in einer [Pressemitteilung des AfW](#).

Damit sollte doch eigentlich Klarheit bestehen. Selten passt ein Sprichwort so gut wie bei der Diskussion um einen Provisionsdeckel:

„Wasser predigen und Wein trinken“

Das Wort Fehlanreize war vor einigen Jahren bereits in der Auswahl, Unwort des Jahres zu werden. Provisionsdeckel hat in jedem Fall das Zeug, mit Abstand das Unwort des Jahres 2019 zu werden.